

General-Anzeiger

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt - Bergische Nachrichten.)

Elberfeld
Haupt-Geschäftsstelle und Redaktion
Walter-Rathenaustr. 50.
Fernsprecher für Geschäftsstelle und
Redaktion Nr. 4600-4603 und 678.

Barmen
Haupt-Geschäftsstelle und Redaktion
Kreuzweg Nr. 57.
Fernsprecher für Geschäftsstelle und
Redaktion Nr. 714 und 4997.

Der Reichstag in der Zwickmühle.

Das Ermächtigungsgesetz verfassungändernd.
Mehrheit für die Regierung oder Reichstagsauflösung?

GA Berlin, 3. Dez. (Eig. Draht.) Wie vorausgesehen war, hat das Einbringen des neuen Ermächtigungsgesetzes, das heute dem Reichstag zugegangen ist, bereits zu schweren Besprechungen für die kommenden Tage Anlaß gegeben. Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet.

Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dieses in zwei Bestimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

In der gestrigen Kabinettsitzung hat sich bereits herausgestellt, daß das Gesetz, auch mit dem einschneidenden Zusatz, daß Abweichungen von den Vorschriften der Reichsverfassung nicht zulässig sind, doch in Wirklichkeit eine Verfassungsänderung bedeutet, und die Mehrheit des Kabinetts hat sich dieser Auffassung, die vor allen Dingen auch von dem neuen Justizminister Dr. Emminger vertreten worden ist, angeschlossen. Die Ermächtigungen, die auch im zweiten Absatz des Paragraphen 1 des Gesetzes enthalten sind, ändern nichts an der wirklichen Tragweite, denn nach der Verkündung des Gesetzes stehen die in der Vorlage enthaltenen Vollmachten nur dem Reichspräsidenten zu. Damit sind alle bisher angestellten rechtlichen Rückschlüsse über die Zustimmung des Reichstages hinfällig geworden. Die Regierungsparteien zählen alles in allem nur 200 Mitglieder, die linke Opposition 196, die Deutschnationale Volkspartei 61 und die Deutsch-Völkischen 3 Mitglieder. Schon die einfache Regierungsmehrheit wäre nur bei der Stimmhaltung der Deutschnationalen oder der Sozialdemokraten aufzubringen. Eine Zweidrittelmehrheit ist nur dann möglich, wenn etwa die Sozialdemokraten geschlossen der Saal verlassen würden. Es genügt also die Neutralität einer der beiden Oppositionsparteien nicht mehr, sondern es muß eine unmittelbare Erweiterung der Regierung nach rechts oder links zustande kommen, wenn anders nicht das Ermächtigungsgesetz fallen soll, und dann werden alle die Folgen eintreten müssen, die der Reichspräsident bisher zu verhindern versucht hat.

Am Montag sind vom Reichstanzler persönlich Versuche gemacht worden, Sicherheit über die Haltung der beiden Oppositionsparteien zu gewinnen, und dabei hat sich herausgestellt, daß zunächst keiner der beiden Oppositionsführer feste Zusicherungen für ihr Verhalten am Dienstag machen will. Allerdings kommt der „Vorwärts“ heute abend bei der Besprechung der Lage zu folgendem Schluss: „Wird das Ermächtigungsgesetz abgelehnt, so soll, wie es heißt, der Reichstag aufgelöst werden. Da in der reichstagslosen Zeit die Maschine der Gesetzgebung nicht ruhen kann, wären dann die Konsequenzen der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes die, daß die Verordnungen, die zu erlassen der Reichstag nicht gestatten will, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen werden würden. Der Reichstag wäre damit in eine Zwickmühle gebracht, denn durch sein Einverständnis würde es nicht die Regierung, sondern sich selbst ausschalten und der Regierung die Waffe des Ermächtigungsgesetzes nicht aus der Hand schlagen, sondern sie nur noch fester in die Hand drücken.“ Aus diesen Ausführungen geht immerhin das eine hervor, daß man sich in den gemäßigten Kreisen der Sozialdemokraten wohl die Folgen auslegt, die aus einer weiteren Obstruktion sich ergeben werden. Allerdings ist der linke Flügel in der Sozialdemokratie außerordentlich stark geworden. Die auseinanderstrebenden Gruppen sind gerade in den letzten Tagen ganz offensichtlich geworden, seitdem die Gruppe Levi durch ihre Redner auch im Lande in immer größerer Zahl für ihre radikalen Gedankengänge Anhänger zu gewinnen sucht. Man wird infolgedessen zunächst einmal die Fraktionssitzung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten abwarten müssen, ehe man ein abschließendes Urteil über den Verlauf der Reichstagsdebatten abgeben kann. So viel ist sicher, daß die Gefahren, die sich aus dem schmalen Unterbau des Kabinetts Marz ergeben, außerordentlich groß sind.

Der Reichstanzler hat die Ermächtigung zur Auflösung im Falle der Ablehnung des Gesetzes in der Tasche. Stürke Kreise sind im Parlament, vor allem in den bürgerlichen Parteien, die auf die Ausführung dieses Auflösungs-Beschlusses drängen. Man nennt bereits als Wahltermin den 15. Januar. Jedenfalls müßte endlich einmal Schluss mit den ewigen Krisen gemacht werden, die, wie es scheint, zur Hauptaufgabe des Hauses gehören.

Die neue Regierung ist sofort barangegangen. Die politischen Regierungsposten in ihrem Sinne wieder zu besetzen. Entgegen den bisherigen Absichten ist auch Staatssekretär Kempter aus der Reichskasse ausgeschieden. An seine Stelle tritt Ministerialdirektor Bracht aus dem preussischen Wohlfahrtsministerium, der dem Zentrum nahesteht, und an die Spitze der Presseabteilung tritt Dr. Spieder, der früher der Nachrichtenabteilung des auswärtigen Amtes angehörte, dort Regierungsrat wurde, dann am Abstimmungskampf in Oberstufen teilnahm, darauf Chefredakteur der Zentrumsparlamentarischen Korrespondenz wurde und dann als Verlagsdirektor in die „Germania“ eintrat. Ob in der Leitung der Presseabteilung eine Veränderung eintreten wird, ist eine politische Frage.

Das Kabinett beschloß sich in seinen bisherigen Beratungen neben der Erörterung des Ermächtigungsgesetzes vor allem mit der rheinischen Frage aus Grund der letzten Verhandlungen des Inter-Ausschusses und der Bildung des 60er-Ausschusses.

Der päpstliche Nuntius Pacelli ist von München nach Berlin abgereist, um mit der Reichsregierung schwebende Fragen zu besprechen.

Andauernde Besprechungen.

GA Berlin, 3. Dez. (Eig. Draht.) Außer dem Vertreter der Deutschnationalen und der Sozialdemokratie waren in den Abendstunden die Vertreter der Koalitionsparteien beim Reichstanzler, der mit ihnen über das Ermächtigungsgesetz und über seine Regierungserklärung sprach, die er morgen dem Reichstag vorlegen wird.

Im Anschluss daran trat das Kabinett erneut zu einer Sitzung zusammen, in der es den Bericht des Reichstagskommissionärs Dr. Schacht über die bisher getroffenen und weiter von ihm auf dem Gebiete der Währung beschlossenen Maßnahmen entgegennahm, die die Billigung der Reichsregierung fanden. Im Anschluss daran berichtete der Reichsminister, Minister A. D. Saemisch, über die geplanten Sparmaßnahmen. Die vom Reichsfinanzminister unterbreitete Verordnung für den Abbau der Beamten und die Vereinfachung der behördlichen Organisationen wurde gutgeheißen. Die Notwendigkeit einer praktischen Durchführung des Beamtenabbaues wurde betont.

In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die sozialdemokratischen Führer dem Reichstanzler heute erklären, die Regierung könne solange nicht die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz erwarten, als bis der Ausnahmezustand aufgehoben worden sei. Es ist anzunehmen, daß der Reichstanzler allerdings morgen eine Mißbilligung des Ausnahmezustandes in Aussicht stellen wird, die bereits von Stresemann angekündigt worden war. Morgen um 10 Uhr wird auch der Reichstag zu einer Sitzung zusammenzutreten, in der vor allem das Ermächtigungsgesetz behandelt werden soll.

Berliner Pressestimmen.

BB. Berlin, 4. Dez. (Draht.) Wie die Blätter mitteilen, erklären die Vertreter der Sozialdemokraten bei ihrer gestrigen Besprechung mit dem Reichstanzler, daß mit einer Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Ermächtigungsgesetz nicht zu rechnen sei, da der Ausnahmezustand nicht sofort aufgehoben werden soll. Infolge dieser Haltung der Sozialdemokraten erscheint es, wie das „Tagel.“ wissen will, zweifelhaft, ob die Reichsregierung überhaupt das Ermächtigungsgesetz im Reichstag einbringen werde. Es sei vielmehr wahrscheinlich, daß sie lediglich auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ihre Maßnahmen durchzuführen beschließen werde. Jedenfalls nach dem Wortlaut nicht die Absicht, das Gesetz schon in der heutigen Reichstagsitzung einzubringen. Auch der „Sozial-Anzeiger“ betont, es herrsche in parlamentarischen Kreisen der Eindruck vor, daß die Frage des Ermächtigungsgesetzes immer mehr in der Richtung auf eine Reichstagsauflösung zuspitzt.

Die Leitung der Zentrumsgruppe.

GA Berlin, 3. Dez. (Eig. Draht.) Wie uns mitgeteilt wird, führt während der Kanzlerschaft von Dr. Marx der Abg. Veder (Kreuzberg) die Geschäfte der Zentrumsgruppe.

Korrekte Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen.

Eine Feststellung des Reichswehrministers.

WTB. London, 3. Dez. (Draht.) Reichswehrminister Seeber erob in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Express“ in Berlin harten Einspruch gegen die in den alarmierenden Berichten mitgeteilte Behauptung, daß Deutschland die Bestimmungen des Versailler Vertrags wegen der Entwaffnung und Verrückung von Kriegsmateriel verletze. Er erklärte, seit Waffenstillstand sei nicht ein einziges Gewehr, Maschinengewehr und Geschütz in Deutschland darüber hinaus hergestellt worden, was von der internationalen Mission gesteuert und kontrolliert werde. Die Mission habe die Zerstörung einer ungeheuren Zahl von Anlagen zur Verrückung von Kriegsmateriel angeordnet, und diese Anordnungen seien durchgeführt worden. Man könne vollkommen sicher sein, daß, wenn irgendwelche Wahrheit in einer von den von London veröffentlichten Mitteilungen enthalten wäre, die Kommunisten, die in allen Betrieben vertreten seien, dies seit langem bereits öffentlich kundgegeben hätten.

Ueber die Zuständigkeiten des Untersuchungsausschusses.

Es wird nur ein „Gerumfliden an der Frage“.

WTB. London, 3. Dez. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ nennt es ausgedrückt, daß in britischen Kreisen gedauert habe, die Wiederherstellungsausschüsse der Untersuchung für den Untersuchungsausschuss der Sachverständigen auszuwählen, die ernannt werden sollen, richtig gestellt werden. Die diesen Ausschüssen zugewiesenen Funktionen seien offenbar dementsprechend worden mit denen zuvor von den Vereinigten Staaten, Großbritannien und auch anderen Großmächten, ausgenommen Frankreich, vorgeschlagenen Kommissionen zur Untersuchung der Fähigkeit Deutschlands, Wiederherstellungen zu zahlen und zur Empfehlung einer Grundlage der endgültigen Regelung der deutschen Gesamtverpflichtung. Die jetzt in Aussicht genommene Ausschüsse hätten keinerlei beratende, sondern nur eine beratende Funktion. Durch den am Freitag zwischen Barthou und Sir John Drummond auf dem Wege zum Vertrag sei die Hauptfrage und sogar die der Legalität der Ruhrbesetzung durch eine gemeinsame Zustimmung für den Augenblick beiseite gestellt worden und obgleich sie doch beide von neuem erörtert werden müßten, und zwar ziemlich bald angesichts des von der deutschen Regierung bei dem Ausschuss erhobenen förmlichen Einspruchs. Im übrigen könnten die von den beschlossenen Ausschüssen gesammelten Informationen zur Lösung der Hauptfrage durch eine andere größere Körperschaft beitragen. Der Ausschuss, der die geeigneten Mittel für die Auslegung des deutschen Haushalts und der Stabilisierung der deutschen Währung festzustellen haben werde, werde Vorschläge zu machen haben hinsichtlich:

1. der Dauer und den Vorbedingungen des Moratoriums, das der deutschen Regierung gewährt werden soll.
2. der etwaigen Notwendigkeit und etwaigen Ausnahmen sowie Bedingungen der zu Stabilisierungszwecken erhebenden Anleihe und
3. der Gestalt der Überwachung der deutschen Finanzen durch das Ausland.

Dem Berichterstatter zufolge ist einerseits ein großer Teil der Vorarbeiten für die Punkte eins und zwei bereits von den britischen und neutralen Sachverständigen geleistet worden, die Berlin auf die Einladung der deutschen Regierung in einer amtlichen Mission beauftragt haben. Andererseits hat sich aber seit diesem Zeitpunkt die Finanzlage Deutschlands sehr verändert, so daß einige vollkommen neue Faktoren berücksichtigt werden müssen.

Der Berichterstatter schreibt weiter über die Auswahl der Sachverständigen, Barthou habe auf den Ausschuss sowohl deutscher als auch neutraler Sachverständiger bestanden. Man sei der Ansicht, daß der Ausschuss der Sachverständigen die am schon schwierigen Aufgaben des Komitees zur Untersuchung der deutschen Kapitalflucht vorzunehmen werde. Neutrale Regierungen und Banken würden sich sicherlich nicht bereit erklären, den alliierten Untersuchungen irgendwelche Erleichterungen zu gewähren. Dasselbe gelte von Amerika. Es sei weiter nicht ganz klar, ob die Ansichten der verschiedenen alliierten Sachverständigen wegen des Charakters der Sachverständigen, die ernannt werden sollten, augenblicklich übereinstimmen. In England sei man für die Ernennung von Männern des öffentlichen Lebens und von Bankiers von hervorragender Bedeutung, in Frankreich schiene man jedoch zu glauben, daß die Ernennung berattener Männer den Ausschüssen eine übertriebene Bedeutung und Autorität verleihen werde. Wie Parteien stimmen andererseits darin überein, daß die aktive Mitwirkung Amerikas in den beiden Aus-

würden. Es sei wahr, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mission und der deutschen Regierung bestanden haben, aber nur über Fragen, die die Ueberlieferung, die Deutschland über seine Rüstungen zur Zeit des Waffenstillstandes geben muß, sowie der augenblicklichen Rekrutierungslisten betreffen. Im Falle der Waffenstillstandsliste halte die deutsche Regierung aufrecht, daß es eine physische Unmöglichkeit sei, alle die Rüstungseinheiten nachzuweisen, um eine korrekte Ueberlieferung zu geben. Im Falle der Rekrutierungslisten sei die deutsche Auslegung der Bestimmungen des Versailler Vertrags, daß internationalisierte Kontrollkommissionen beauftragt sind, in Deutschland zu arbeiten, nur soweit die Zerstörung von Kriegsmateriel und die Auflösung früherer Heereinheiten in Betracht komme, während die Kontrolle der Rekrutierung für das neue Heer oder jede weitere Kontrolle von dem Völkerverbund ausgeführt werden müsse. Daher habe es Deutschland abgelehnt, die Listen zu unterbreiten.

schaffen eine fast wesentliche Bedingung für den Erfolg ihrer Arbeit sein werde. Leider sei das erste Reagieren Washingtons auf die fraglichen Vorschläge keineswegs günstig. In einigen amerikanischen Kreisen sei sogar Überzeugung und Bedauern darüber ausgedrückt worden, daß die Amerikaner sich mit einem „Gerumfliden an der Frage“ begnügen. Amerika würde sich für eine wirkliche Lösung interessieren und bereit sein, dabei mitzuwirken, habe jedoch keinerlei Wunsch, sich nur mit geteilten und technischen Vorbehalten zu befassen. Ohne Amerika aber würde der geplante Untersuchungsausschuss die Autorität eines unparteiischen Vorstehens fehlen.

Beratungen mit Poincaré.

GA Paris, 4. Dez. (Eig. Draht.) Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Note: Poincaré empfing gestern nachmittag hinerreichend Barthou, den Präsidenten der Reparationskommission, der von Maurel begleitet war, und abhandeln den englischen Vorschlag Lord Crewe. Er unterbreitete sich mit seinen Bedauern über die Ernennung der verschiedenen Sachverständigenausschüsse, deren Schaffung am Freitag von der Reparationskommission beschlossen worden war. Die Entscheidung Amerikas über seine eventuelle Vertretung in einem Ausschuss bleibt zweifelhaft. Es wird immer klarer, daß, wenn Amerika sich weigern sollte, an den Untersuchungsarbeiten der Ausschüsse teilzunehmen, England sich ebenfalls zurückziehen wird. (Die offizielle Antwort Amerikas liegt noch nicht vor.) Die von der Reparationskommission getroffene Entscheidung enthält die Worte: „alliierte und assoziierte Mächte“, so daß die Zurückhaltung Amerikas bis zu einem gewissen Punkte diejenige Englands rechtfertigen könnte. Die Bemerkungen des englischen Kabinetts gehen offensichtlich darauf hinaus, daß seine Vertreter nicht in den Ausschüssen erscheinen, wofür die Minorität gedrängt werden könnte.

Amerikas Haltung.

FZ Paris, 4. Dez. (Draht.) Havas demontiert die vom „Newport Herald“ gebrachte Meldung wonach die amerikanische Regierung bereits jede Beteiligung an der von der Reparationskommission beschlossenen Untersuchung abgelehnt haben soll. Die französische offizielle Nachrichtenagentur will an zuständiger Stelle in Washington erfahren haben, daß die amerikanische Regierung die offizielle Einladung der Reparationskommission noch gar nicht hat. Es behalte sich die endgültige Entscheidung vor, bis es im Besitze authentischer Informationen über die Tragweite der von der Sachverständigenkommission gestellten Aufgaben sei. In den offiziellen Washingtoner Kreisen habe man jedenfalls die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß die Instruktionen der Reparationskommission zu einem praktischen und für alle Beteiligten befriedigenden Ergebnis führen werde. Der Wiederherstellungsausschuss, der jeden Dienstag eine offizielle Sitzung abhält, wird unter diesen Umständen die ursprünglich bereits für heute beschlossene Ernennung der Mitglieder der beiden Sachverständigenausschüsse einstweilen vertagen, da für die Auswahl der in Frage kommenden Persönlichkeiten die Beteiligung oder Nichtbeteiligung Amerikas für die eine oder andere der alliierten Regierungen von ausschlaggebendem Einfluß sein dürfte. Auch die Frage der Gültigkeit der von der deutschen Industrie auferlegten Leistungen dürfte heute, zwei Tage vor den englischen Wahlen, kaum angeschnitten werden.

WTB. London, 3. Dez. Der Washingtoner Berichterstatter des „Times“ schreibt, die amerikanische Regierung habe die informelle Einladung der Reparationskommission, Mitglieder für die von

ihre beschlossenen Ausschüsse zu ernennen, weder angenommen noch verworfen. Als der amerikanische Beobachter in der Kommission, so ganz die Forderung übermitteln habe, daß die Alliierten die amerikanische Beteiligung begrüßen würden, hat das Staatsdepartement mit dem Grundsatz, was zu tun gekommt sei und was zu welchem Grade die Ausschüsse freie Hand erhalten sollten. Der Berichterstatter der "Times" nennt es aber im Voraus als sicher, daß die Vereinigten Staaten heute nicht geneigter sein dürften, sich der Wiederherstellung der Untersuchung anzuschließen, als vor einem Jahre, da die Untersuchung seinerzeit wesentlich andere Ergebnisse verspreche, und schließt, was nun die in Paris gemachten Vorschläge anbetreffe, daß sich amerikanische Bürger privat an den beiden Ausschüssen beteiligen, müsse daran erinnert werden, daß Männer von Bedeutung es sicher ablehnen würden, ohne volle Billigung ihrer Regierung zu handeln.

Smuts' Reisebericht. „Deutschland im Chaos“

GA. London, 4. Dez. (Eig. Draht.) Bei seiner Ankunft in Kapstadt erklärte Smuts, daß es nach seiner Ansicht notwendig gewesen sei, sehr deutlich über die Rußpolitik zu sprechen, die die ungeheuerliche und untergeordnete Wirkung gehabt habe, und wenn sie fortgesetzt worden wäre, die Zerschlagung des englischen Handels zur Folge gehabt hätte. Deutschland befindet sich im vollständigen Chaos, so daß man seine Zerschlagung und das Verschwinden des Berliner Vertrages befürchten müsse. Wenn Deutschland eine Kampagne erhalte und die Rußbesetzung beendet werde, werde Deutschlands Erholung sehr rasch vor sich gehen.

Verfrähte Hoffnungen.

BB. Berlin, 3. Dez. (Draht.) Ein Montagblatt bringt die Meldung, daß die deutsch-englischen Verhandlungen über einen Kredit von 100 Millionen Goldmark einen günstigen Verlauf genommen hätten und der Außenminister Dr. Stresemann wahrscheinlich im nächsten Bericht darüber berichten werde. Dieser trifft die Meldung nicht zu. Dr. Stresemann hatte als Kanzler zwar Verhandlungen wegen eines englischen Kredits angeknüpft, der sich übrigens auf eine Milliarde Goldmark belaufen sollte. Jedoch wurden nach dem Kabinettssturz die Unterhändler von englischer Seite zurückgezogen. Es handelt sich jetzt darum, die abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Eine Protestnote an Belgien.

WTB. Berlin, 3. Dez. (Draht.) Der deutsche Geschäftsträger in Brüssel hat am 2. November der belgischen Regierung eine Note überreicht, in der dagegen Beschwerde erhoben wird, daß Belgien wegen der deutschen Richtzahlung eine „Buße“ für den erfolglosen belgischen Seemanns-Graff in Duisburg am 2. November rollendes Eisenbahnmaterial beschlagnahmt hat. Belgien habe, im Besitze der Macht im besetzten Gebiet, diese mißbraucht, um eine Rechtsfrage im Sinne ihrer einseitig erhobenen Forderung zu entscheiden, statt diese Rechtsfrage, entsprechend dem Vorschlage der deutschen Regierung, einem internationalen Schiedsgerichtshof im Haag zu unterbreiten. Die deutsche Regierung muß ferner feststellen, daß die belgische Regierung in dem mit dem Falle des Seemanns-Graff zeitlich und ursächlich auf das engste verbundenen Falle der Entziehung des deutschen Polizeibeamten Schmiedski noch nicht die geringste Entschädigung angeboten oder gezahlt hat.

Deutscher Frühling.

Ein rheinisches Wintermärchen.

Es war einmal ein großes und stolzes Königreich. Das Land hatte breite und tiefe Flüsse, prächtige Städte, trügliche alte Burgen und fruchtbare Acker. Es wurde bewohnt von einem fleißigen und tüchtigen Volk, das von seinen Nachbarn teils geachtet, teils beneidet und gefürchtet wurde.

Da kam ein großer Krieg, der das Volk fünf Jahre lang heimjuchte und völlig arm und kraftlos machte.

In diesem Zustand der Erschöpfung wußten die Leute nicht mehr, was sie taten. Sie schlugen sich gegenseitig und beschimpften einander und jankten sich darüber, wer wohl eigentlich an dem großen Elend schuld sei. Aber keiner wollte es zugeben.

Die Nachbarn aber verlangten Wiederherstellung der im Kriege eingeschmiffenen Fenster. Aber die Leute in Parteien, so hieß das damals, so hieß Reich, hatten kein Geld.

Sie konnten nicht einmal mehr die Milch für die armen Parteienkinder bezahlen. Da machten sie sich selbst Geld aus Papier. Wenn aber mit diesem Geld jemand aus Pungsdorf (an der Zitter) nach dem zehn Minuten weiter gelegenen Dörfchen ging, so konnte er für hundert Taler Pungsdorfer Geld nicht ein einziges Streichholz kaufen. Das war ein so püppiger Zustand, daß die Leute sagten: „Das muß wohl Währungs- elend sein.“ Das war es auch, und der Name sagte ganz gut. Die Leute waren überhaupt nicht dumm. Sie konnten furchtbar viele schöne Worte sagen. z. B. dieses: „Im Anfang war die Zeit.“ Das konnten sie sogar auswendig; aber keiner dachte sich was Rechtes dabei.

Überhaupt die ganzen Zustände im Parteienland! Wenn einer mit gutem Pungsdorfer Papiergeld in einem Pungsdorfer Laden etwas kaufen wollte, so wurde er in großem Bogen zur Tür hinausgeworfen. Ein kurzhafter Professor, der solchen Finanzwut zum ersten Male sah, rief hocherfreut beim Anblick der fliegenden Reichsbanknoten: „Sieh da, die erste Schwalbe!“ — Wenn Parteien am Bahnhof ankamen, mußten sich die Leute in einer Reihe vom Bahnhof bis zum Friedhof anstellen. Und weil vorn das Geld des Königs, hinten Geldes so lange dauerte, kamen die letzten gar nicht dran und sagten: „Wir sind gerade am Friedhof; kommt, wir wollen uns

Die Deutschnationalen während der Kabinettskrise.

Die „Kreuzzeitung“ bringt eine, wie sie schreibt, authentische Darstellung über die Rolle, die die Deutschnationalen während der Kabinettskrise gespielt hat, und die Stellung, die sie zu den dabei in Betracht kommenden Parteien, bis zur Vertreibung des „Aufgebens ihrer Grundsätze“ und anderer mehr eingenommen haben, eingenommen hat. Die Darstellung lautet:

Am Dienstag, 27. November, wurde der Führer der Deutschnationalen, Minister a. D. Scholz, die Zeitung der Deutschnationalen, die „Kreuzzeitung“, mit: Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, habe ihn beauftragt, in ihrem Namen die deutsche nationale Fraktion zu fragen, ob sie bereit sei, an einer bürgerlichen Regierungskoalition, der auch die bürgerliche Volkspartei beitrete, zuzustimmen. Diese Frage wurde bejaht. Herr Scholz teilte weiter mit, die Arbeitsgemeinschaft habe den Wunsch, gewisse Punkte mit uns zu erörtern. Die Deutschnationalen stellten fest, daß wir es ablehnten, uns irgendwelche Bedingungen stellen zu lassen, nur wenn solche, daß es sich lediglich darum handelte, in eine Bepreisung zur Feststellung der Einigkeit über gewisse politische Grundlagen der gemeinsamen Arbeit in einer Koalition einzutreten, können wir uns eine solche Diskussion einlassen. Dies wurde von Herrn Scholz ausdrücklich bejaht. Die Unterhaltung beendigte sich alsdann mit folgenden Fragen:

Stellung zur Verfassung.

Die Deutschnationalen erklärten, die Verfassung sei naturgemäß für sie die rechtlich bindende Grundlage für die Führung der Regierungsgeschäfte, gewalttätige Veränderungen lehnten sie selbst ab, wie sie ebenso solche Verträge anderer Parteien oder Gruppierungen ablehnten. Veränderungen der Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege zu betreiben, müßten sie uns naturgemäß vorbehalten, es sei aber nicht beabsichtigt, in der nächsten Zeit des Uberganges solche Veränderungen bezüglich der Staatsform einzutragen. Durch die Einstellung zur Verfassungsfrage erledigten sich nach ihrer Ansicht auch Auswärtigen betreffend illegales Vorgehen von Einzelnen oder Gruppen.

Der Berliner Frieden

Bei durch Franzosen und Belgier gestifteten. Daraus seien uns diesen gegenüber Rechte erwachsen, auf die wir umso mehr bestehen könnten. Die Deutschnationalen hätten es nicht für nötig, die Zerschlagung des Vertrages am ersten Tage zu betonen, vielmehr müßten ihrer Meinung nach unsere Gegner zunächst in ultimativer Form zur Regelung und Lösung der schwebenden Fragen veranlaßt werden. Sollte daraus von ihnen nicht das Erforderliche gelehen, so müßte der Abbruch der Verhandlungen und der verfassungsmäßige Zustand herbeigeführt werden. Es herrsche Uebereinstimmung, daß durch diese Verhandlungen weitere Fragen über die deutsche Stellung zur bürgerlichen Politik Stresemanns ihre Erledigung fanden. Herr Scholz wies noch eine Aussprache über Fragen der Wehrverfassung an, doch waren dabei die Ansichten der Gegenseite nicht so unangekämpft, daß es an der erforderlichen Grundlage zu einer fruchtbringenden Aussprache liege. Von deutschnationaler Seite wurde betont, daß, wie die Dinge lagen, eine Stelle geschaffen werden müsse, die die Verhandlungen mit den belgischen Machtmächten zu führen hätte, daß diese Stelle aber nur auf Grund und im Rahmen der ihr vom Reich und Staat erteilten Vollmachten handeln dürfe, und insbesondere keine Einzelentscheidungen treffen dürfe, die die Zugewandtheit des besetzten Gebietes zum Reich und zu Preußen irgendwie in Frage stellten.

Herr Scholz teilte schließlich noch mit, daß Zentrum und Demokratie den dringenden Wunsch geäußert hätten, Herrn

Dr. Stresemann

in dem Amt des Außenministers zu belassen und das um Stellungnahme. Von deutschnationaler Seite wurden sofort die schwersten Bedenken geltend gemacht und vorgebracht. Zunächst einmal Herrn Dr. Stresemann zu betragen, ob er zur Annahme des Amtes überhaupt bereit sei. Falls er die Übernahme ablehne, würden sich alle weiteren Diskussionen erübrigen.

Zwei Punkte erklärte der Deutschnationale als wesentliche Voraussetzungen einer entsprechenden

Einigkeit in einer bürgerlichen Koalitionspartei im Reich. Einmal müßte der neue Kabinettsrat dem Reichstag über die Grundsätze der Koalitionspartei mitgeteilt werden, und weiter oder müßte gleichzeitig eine entsprechende Umbildung der preussischen Regierung erfolgen.

Herr Dr. Scholz nahm zu diesen Punkten nicht Stellung, verneinte aber, daß der Koalitionspartei in den nächsten Tagen die Parteien zur Besprechung zu bringen.

Diese Besprechung fand Dienstag, den 28. November, nachmittags von 14 bis 17 Uhr, statt, unter Beteiligung der D. N. V., D. V. V., Zentrum und Demokratie. Der Widerspruch des Zentrums und der Demokraten gegen die Kandidatur Jorres war nicht zu befechtigen. So daß die Deutschnationalen schließlich mit der Kandidatur Jorres einverstanden erklärten. Die Besprechung der Demokratie, die Deutschnationalen zu bestimmten formulierten Erklärungen über die am Vortage erörterten Punkte zu veranlassen, wurde in Uebereinstimmung mit den übrigen Parteien abgelehnt. In der anschließenden mündlichen Erörterung wurden dieselben Erklärungen wie am Vortage gegenüber Herrn Scholz abgegeben. Im der Frage der Erneuerung Dr. Stresemanns zum Außenminister wies die Deutschnationale auf die schwere Belastung hin, die das bedeuten würde, bedachten aber die Entlastung der Reichsregierung vor. Im übrigen wurde die Erörterung von Personalfragen in diesem Stadium der Verhandlungen abgelehnt, nur sollte Herr Scholz mit, daß bei den anderen Parteien der Wunsch bestünde, Herrn Abgeordneten Scholz das Reichsministerium zu übertragen. Der Wunsch nach Austragung des Reichstages mit der Auflösung der Reichsversammlung wurde abgelehnt, in der Frage der Umbildung der preussischen Regierung entsann sich eine längere Aussprache ohne sachliches Ergebnis.

In der Sitzung der Parteiführer am 28. November erklärten die Demokraten, auf eine ausdrückliche Erklärung der Deutschnationalen zur Außenpolitik Stresemanns könne man verzichten, wenn sie die Unterstützung oder die Bitte an ihn ausdrückten, in das Reichsamt des Außenministers einzutreten. Dies wurde aus entgegengesetzten abgelehnt und mitgeteilt, daß der zunehmende Bedarf vom Dienstag ab von beiden Fraktionen in Kenntnis der Tatsache gelte, daß Herr Stresemann unter Umständen als Außenminister in Betracht komme, er habe also die Bereitwilligkeit unter gewissen Bedingungen und Voraussetzungen mit ihm zusammen in das Kabinett einzutreten.

Die Lage in Bayern.

GA. München, 4. Dez. (Eig. Draht.) Es werden mehrfach Gerüchte verbreitet, wonach innerhalb der Regierung Differenzen bestehen sollten, und daß man die Aufhebung des Generalstaatskommissariats plane. Die die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ dazu äußert, rebe das Generalstaatskommissariat erst am Anfang, aber noch lange nicht am Ende seiner Mission. Es sei auch vollkommen falsch, anzunehmen, daß Regierung und Generalstaatskommissariat nicht ohne Kompetenzkonflikte nebeneinander bestehen könnten. Im Gegenteil, es müßten beide, und zwar jedes auf seinem Gebiet, von Schaffensdrang erfüllt sein.

Bayerische Sparmaßnahmen.

WTB. München, 3. Dez. (Draht.) Ueber Sparmaßnahmen teilt die Korrespondenz folgende Mitteilungen: Die Staatsregierung hat in einer Bekanntmachung gewisse vorbereitende Maßnahmen zur Einführung einer großartigen Sparpolitik getroffen. Die Bekanntmachung weist auf die Notwendigkeit hin, daß einerseits die Angleichung der Steuern und sonstiger Einnahmen an den gegenwärtigen Wert des Geldes und andererseits weitestgehende Einsparungen aller Ausgaben erfolgen müssen, damit sie durch ordentliche Einnahmen wieder gedeckt werden können. Die Bekanntmachung stellt das Ziel einer Reihe von Grundrissen auf, nach denen künftig verfahren werden soll. So können für neu- oder umgebauten bis auf weiteres grundsätzlich Mittel nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Auch Wasser- und Straßenbauten seien bis auf weiteres, soweit als möglich, zurückzustellen. Kultur- und Unternehmungen seien grundsätzlich nur dann in Angriff zu nehmen, wenn die Kosten zum größten Teil von den Beteiligten selbst ohne Inanspruchnahme des Staates aufgebracht werden. Es handelt sich um Maßnahmen,

die, an deren Ausführung die Staatsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit ermächtigt ist. Darüber hinaus soll, wie wir hören, durch ein eigenes Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung die notwendige Befugnis für die Wiederherstellung des Staatshaushaltes gesichert werden.

GA. München, 4. Dez. (Eig. Draht.) Es hat im Etat für 1924 ungefähr 40 Beamtenstellen gestrichen worden. Außerdem ist eine Anzahl freigelegener Stellen in der letzten Zeit nicht wieder neu besetzt worden. Die bayerische Staatsverwaltung, die verheiratet sind und deren Mütter im Verlaufe stehen, sind sämtlich entlassen. Außerdem ist dem gesamten Personal in Schlichtungswesen gekündigt worden. Von den 34 Schlichtungsstellen sollen nur noch zwölf besetzt bleiben. Weitere Sparmaßnahmen sollen bevorstehen.

Der Prozeß gegen Hitler und Ludendorff.

WTB. München, 4. Dez. (Draht.) Der Prozeß gegen Hitler und Ludendorff sowie die übrigen Teilnehmer am Münchener Räterepublik wurde in diesem Jahre nicht mehr zur Verhandlung kommen, sondern wahrscheinlich erst im Januar des nächsten Jahres, und zwar vor dem Volksgericht in München.

Das Arbeitsabkommen im Bergbau.

Von den Gewerkschaften abgelehnt.

GA. Essen-Ruhr, 4. Dez. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem die Verhandlungen über die Mehrarbeit im Bergbau im Anfang einen günstigen Verlauf zu nehmen schienen, ist plötzlich eine unerwartete Wendung eingetreten. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, haben die Bergarbeitergewerkschaften in einer zu Beginn der Woche abgeschlossenen Konferenz beschlossen, das Abkommen, das in der vergangenen Woche zwischen den beiderseitigen Vertretungen in Berlin — nicht, wie irrtümlich gemeldet, in Hamm — abgeschlossen wurde, abzulehnen. Die Ablehnung wird damit begründet, daß der Tarifvertrag, auf dem nach Ansicht der unterrichteten Stellen das Mehrarbeitsabkommen überhaupt basiert, vom Bundesverband zum 1. 3. 24 gekündigt worden ist. Gleichzeitig ist auch die Kündigung der Lohnordnung zum 31. Dezember ausgesprochen worden. Die Gewerkschaften haben beim Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen beantragt, deren Beginn aber noch nicht feststeht.

Ablehnung der Vorkriegsarbeitszeit im Mitteldeutschland.

GA. Leipzig, 3. Dez. (Eig. Draht.) Die Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Mitteldeutschlands, die am 2. Dezember in Magdeburg tagte, nahm in einer Entschließung Stellung gegen die Kündigung der Tarifverträge im Braunkohlen-, Kali- und Erzbergbau. In der Entschließung heißt es, daß die Generalversammlung anerkenne, daß alle organisatorischen, technischen und sonstigen geeigneten Mittel angewendet werden müßten, im Interesse der Allgemeinheit die Produktion zu steigern und zu verbilligen. Der Verband der Bergarbeiter bestreitet aber, daß dies nur durch Verlängerung der Arbeitszeit möglich sei. Allen Versuchen, die Vorkriegsarbeitszeit wieder einzuführen, müßten und würden die Bergarbeiter schärfsten Widerstand entgegenlegen. Die Verhandlungsführung wird beauftragt, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um neue Tarifverträge zustande zu bringen.

Erhöhung der Veteranenbeihilfe.

Berlin, 3. Dez. Die Veteranenbeihilfe, welche im Ingesamt 10 Millionen Mark monatlich betrage, ist, dem amtlichen preussischen Presseamt zufolge, nach einer Beratung, meinte: „Es ist doch gut, daß endlich einmal offen ausgesprochen wurde, was wir schon lange aufdrängen empfanden.“

Die Sache mit dem Reichspfund wirkte wie ein Donnerkehl. Die ganze Welt horchte auf. So etwas war noch nicht dagewesen. Reichig kam von der Breme, wo man nur auf ein Wort gewartet hatte, ein großes Kapital herangeflogen. Die Verminder, die natürlich wie auch das ganze übrige Reich tüchtig an dem Reichspfund beteiligt waren, sandten die erste Postenentscheidung dahin, wo die meisten Fensterhaken entworfen waren, und wo es daher am meisten lag. Auch ein paar andere Nachbarn, die noch Forderungen hatten, wurden befriedigt. Die Welt, die auf einmal das Vertrauen der ganzen Welt erobert hatte, lüftete und stieterte, daß es eine Lust war. In dem Lande, in dem es vorher am schlimmsten durch die verbrochenen Fenster gegossen hatte, schlug die Stimmung um und spaltete sich in zwei Richtungen. Der alte Begriff man, daß die Leute aus Parteien doch ein unerwartetes Maß von gutem Willen gezeigt hätten, und daß man sie sofort in Ruhe lassen müßte mit Pöbeln, Sperren, Beschlagnahme, Jock und betagten Späßen.

Wald jog wieder Ruhe und Friede in Parteien. Und ein paar Jahre konnten die Pläne der wieder eingelöst werden. Das Pungsdorfer und Cellofener Papiergeld war längst verschwunden. Mit fliegender Münze betrat man wieder stolzen Boden und konnte laufen, was das Herz begehrt. Die Kartoffeln kamen gar nicht mehr am Bahnhof an, sondern wurden von den Erzeugern vor das Kellerloch gebracht. Das heimatliche Pungsdorfer und Cellofener Jungvolk hatte nun Geld genug für neue, allerbeste, schmutze Zechenmühenhäuser mit Garten, Baumhof und Stallung. Im Jitteral entstand eine ganze Kolonie einfacher, schöner Eigenheime. — Da wurde es Zeit, das Wörterbuch zu berichtigen. Wo früher in der alten Auflage Inflation und Deflation gestanden hatte, prangte in der neuen Auflage (Verlag Volkshaus in Pungsdorf): Opfermilde, Lebenswille, Freiheit, Kameradschaft; unter „Land man auch das alte, fast vergessene Wort „Waterland“ wieder.

Das Beste aber war, daß die Mäher wieder floßen. Mühe genug hatte es gekostet, die verfahrenen Maschinen wieder in Gang zu bringen. Geld aber hatte die lundige Hand ihre schwere Herrschaft über die Maschine wiedergewonnen. Die Einfuhr der Arbeit durchdrangte aufs neue das weite Land der besetzten Strome und löste sich auf in frohen, glückseligen Harmonie:

Arbeit, Brot, Friede.

Die

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

Die

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

100 Millionen

GA. Berlin, 3. Dezember, werden

Täglich bei ausverkauftem Hause!
Ein sehenswertes Werk, ein Film, der das Publikum befriedigt:

Wilhelm Tell

Volksstück in 7 Akten. — Originalaufnahmen der Schweiz.
Hauptdarsteller: CONRAD VEIDT — ERICH KAISER-TITZ



Elberfeld, Herzogstr.
Fernsprecher 1244

Hierzu: MARCELLA ALBANI,
die italienische, bühnenkünstlerin, in:

Das Spiel der Liebe

Ergreifendes Drama in 6 Akten. — Ferner:
Teddy Carters seltsame Abenteuer
Der erste Marionetten-Film in 2 Akten.

Debit. Laufjunge
sa. Mädchen
(nicht zu jung) der
loftort gesucht. 13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

Gerichtshandlung
sucht p. sofort tüch-
tige, 13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Buchhalterin

angest. unt. 1816
an die Geschäfts-
st. 13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

die bereits in ledi-
ten Geschäften tätig
war. (Keine Fäls-
chung.) Ausdrück-
liche Angabe mit Aus-
weisbriefen. Ang.
des Alters u. St.
13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

in d. Maschine ist
u. mögl. sprachen-
st. 13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Jung. Kontoristin

für d. d. d. d. d. d.
13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Jung. Kontoristin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Tücht. Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Mäherinnen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Aufführer

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Hausarbeit

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Perfekte Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Verkäuferin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Lehrmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Tüchtige Schneiderin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Maschinen- & Näherinnen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

jüngere Handnäherinnen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Büglerrinnen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Röttgen & Ferber

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Stenotypistin

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Handmädchen

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Weibliche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche

13038
Kreuzer, E. 46. 46.

Heiratsgesuche